



## **Indische Unterhauswahl 2004: Niederlage des Hindu-Nationalismus und Machtwechsel**

Dr. Klaus Voll

### **Kurzfassung**

Die Unterhauswahl 2004 überraschte alle und signalisiert eine radikale Veränderung der Basis politischer Macht. Die Abwahl der hindu-nationalistischen BJP und ihrer Verbündeten gibt der von Premierminister Dr. Manmohan Singh (Kongresspartei) geführten Minderheitsregierung, die mit Regionalparteien koalitiert und von den Kommunisten unterstützt wird, die Chance, das gegen die Vision eines „kulturellen Nationalismus“ der BJP gerichtete Wählervotum konstruktiv für eine Reformpolitik „mit menschlichem Antlitz“ zu nutzen.

Die Detailanalyse zeigt die Machtveränderungen in den drei großen Regionen Indiens. Wie wird sich die BJP in Zukunft verhalten? Wird sie die verantwortungsvolle Rolle „einer Regierung im Wartestand“ übernehmen oder sich dem extremen Hindu-Nationalismus zuwenden?

Alle haben sich getäuscht: Die BJP-Führung, Wahlforscher, Journalisten und die städtischen Ober- sowie Mittelschichten. Die Unterhauswahl 2004 hat die parteipolitische Landschaft Indiens markant verändert. Es gibt keine Partei mit wirklich nationaler Reichweite mehr. Im Unterschied zur BJP-Regierung (1999-2004) ist die Kongresspartei nicht der eindeutig dominierende Faktor der Koalitionsregierung.

Indiens kaum berechenbare Wähler, darunter wohl maßgeblich die „Ärmsten der Armen“ auf dem Land und in den Städten, aber auch beträchtliche Teile der ländlichen Eliten und der städtischen unteren Mittelschichten sowie die religiösen Minderheiten haben die siegessicheren Hindu-Nationalisten der Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei/BJP) und die National-Demokratische Allianz (NDA: Ein Bündnis von Regionalparteien), abgewählt. Dem, so schien es, unaufhaltsamen Aufstieg des Hindu-Nationalismus, auch in seiner gemäßigten Version, wurde 2004 eine möglicherweise entscheidende Niederlage beigebracht, die seinen Niedergang einleiten könnte. Das Ergebnis überraschte umso mehr, als die Kaderorganisation RSS

(Rashtriya Swayamsevak Sangh/Nationales Freiwilligen-Korps) im Dienste der BJP ihren seit 1977 größten Einsatz bei einer Wahl tätigte. Die BJP verlor etwa ein Viertel ihrer bisherigen Mandate und kommt nur noch auf 138 Abgeordnete. Ihre NDA-Verbündeten gewannen knapp 50 Sitze. Das bedeutete das Ende der längsten Regierung in Indiens Geschichte an der die Kongresspartei nicht beteiligt war.

Die oft schon abgeschriebene Präsidentin der Kongresspartei, Sonia Gandhi, war die Hauptwahlkämpferin; mit 145 errungenen Mandaten rechtfertigte sie ihre Rolle in der Partei. Die massiven Angriffe auf ihre italienische Herkunft erwiesen sich als eine stumpfe Waffe und dürften der Kongresspartei sogar genutzt haben. Wohl keiner rechnete damit, dass die in Regierungsgeschäften bislang völlig unerfahrene ehemalige Hausfrau, eine Katholikin zudem, ihre Partei zur stärksten Kraft im Unterhaus machen würde.

## **I. Zur Analyse im Einzelnen**

Bei einer Wahlbeteiligung von 57.86% verloren sowohl die Kongresspartei 1,61% als auch die BJP 1,59% Stimmen. Die Kongresspartei bleibt mit einem Stimmenanteil von 26,69% die stärkste politische Kraft, gefolgt von der BJP mit 22,16%. Beiden Parteien fehlt gegenwärtig offensichtlich die Kraft, um sich zu einer wirklich nationalen Partei mit gesamtindischer Reichweite zu entwickeln. 51,15% der Wählenden haben sich für andere Parteien entschieden.

### **1. Ursachen der Niederlage von BJP und NDA**

Die Wahllokomotive Vajpayee trat öffentlich nur in 41 Wahlkreisen auf. In den Wahlkreisen, durch die L.K. Advanis „Uday Yatra“ („Die Reise, um Indien aufzurütteln“) führte, schnitt die BJP keineswegs besonders gut ab.

Nur dank ihres Erfolgs in Karnataka mit 18 Mandaten konnte die BJP ein weiteres Abrutschen auf den Stand von 1991 vermeiden. Wo liegen die wesentlichsten Ursachen für die Niederlage von BJP und National-Demokratischer Allianz?

**a.** Ein Vergleich der nach Regionen unterteilten „drei Kampffelder“ (Yogendra Yadav) zwischen 1999 und 2004 zeigt, dass die BJP an der **„westlichen Front“**, d.h. im Punjab, Rajasthan, Gujarat, Maharashtra, Madhya Pradesh, Chhattisgarh, Goa und Kerala, ihre Position von 1999 (88 Sitze BJP, 20 NDA) 2004 sogar auf 105 eigene bei gleichbleibenden 20 NDA-Sitzen ausbauen konnte.

In Gujarat, wo BJP-Ministerpräsident Narendra Modi regiert - der Hauptverantwortliche für die Massaker an Moslems im Jahre

2002 - verlor die BJP sechs Sitze. In Rajasthan, Madhya Pradesh und Chhattisgarh konnte die Partei jedoch ihre bereits gute Position (gestärkt durch die Wahlen zu den Landesparlamenten 2003) weiter ausbauen und mit 18 Mandaten (1999: sieben) in Karnataka das „Tor zum Süden“ aufstoßen. Damit eröffnet sich ihr in der Niederlage die Chance, eine wirklich gesamtindische nationalistische Partei zu werden.

Trotz eines Stimmenzuwachses (0,26%) verlor der "faschistoide" Bündnispartner Shiv Sena vier Sitze und erreichte nur noch 12 Mandate. Dies ist vor allem auf Verluste in der einstigen Hochburg Mumbai (Bombay) zurück zu führen. Die Sikh-Partei Shiromani Akali Dal profitierte davon, dass die im Punjab regierende Kongresspartei völlig zerstrittenen ist und gewann acht Mandate.

**b. An der "östlichen Front",** d.h. in Tamil Nadu, Andhra Pradesh, Orissa, West Bengal, Jharkhand, Bihar, Assam und den sieben Staaten des Nordostens, erlitt die BJP zusammen mit ihren Alliierten einen maßgeblichen Teil ihrer Niederlage. Die BJP verlor vor allem in Tamil Nadu 27 Sitze. Die Gründe waren das fehlgeschlagene Bündnis mit Jayalalithas AIADMK, in Andhra Pradesh war es die Abwahl der Telegu Desam Party; dazu kamen Verluste in Bihar und in Jharkhand. Als entscheidend erwies sich in dieser Region das Wegbrechen der zur Kongresspartei übergelaufenen ehemaligen Verbündeten DMK, MDMK und PMK, die zusammen mit der Kongresspartei und den Kommunisten alle Sitze in Tamil Nadu gewannen. Dazu kam der massive Einbruch der von George Fernandes geführten Janata Dal (United) in Bihar, die nur noch sechs Sitze errang (zuvor 18) sowie der Kollaps der Telegu Desam Party, die statt 29 nun nur mehr 5 Sitze hat. Die Verbündeten der BJP büßten in dieser Region 62 Mandate ein, die BJP selbst 27. Das bedeutete ein Gesamtverlust von 89 Sitzen - ungefähr ein Drittel der vormaligen NDA-Mandate.

**c. An der "nördlichen Front",** d.h. in Jammu & Kaschmir, Uttaranchal, Haryana, Himachal Pradesh, Delhi und Uttar Pradesh, verlor die BJP 30 Mandate. Vor allem im bevölkerungsreichsten Staat Uttar Pradesh, der mit der "Ayodhya-Kampagne" Symbol des Aufstiegs des Hindu-Nationalismus gewesen war, verlor die BJP, mangels Bündnispartnern, 15 Sitze. Dazu kam der Verlust von sechs Sitze im von ihr bis 1998 regierten Delhi und von vier Sitzen im Agrarstaat Haryana. In Haryana hatte die BJP darauf verzichtet, mit einer der vor allem die Interessen der Jat-Bauernkasten repräsentierenden beiden Parteien ein Bündnis einzugehen. Die bereits 1999 geringe Sitzanzahl der Bündnispartner der BJP (neun) ging auf einen einzigen Sitz zurück.

## **2. Gründe des Erfolgs der Kongresspartei und ihrer Verbündeten**

Selbst führende Politiker der Kongresspartei hatten mit diesem relativ guten Abschneiden nicht gerechnet. Zusammen mit den verbündeten Parteien kam man auf 219 Sitze. Die Kongresspartei konnte ihre Mandatszahl signifikant von 114 auf 145 steigern und blieb damit knapp über dem Stand von 1998.

### **Wo liegen die zentralen Ursachen dieses guten Abschneidens?**

Die Kongresspartei hat aus den Niederlagen, die sie zwischen 1996 und 1999 erlitten hat, gelernt. Sie schloss systematisch Bündnisse mit Regionalparteien, wobei sie sich nicht selten in eine demütigende Juniorposition begab, wie beispielsweise in Bihar. Dort erhielt die Kongresspartei nach Absprachen nur vier Wahlkreisen von denen sie drei gewann. Dennoch führte diese Bündnispolitik zur politischen Wende. Nach etwa acht Jahren in der Opposition kam die Kongresspartei mit einer Koalitions- (und Minderheits-)Regierung wieder an die Macht.

**Bis 1989 dominierten in Indien Einparteienregierungen.** Es folgten Minderheitsregierungen (die Regierung unter P.V. Narasimha Rao, 1991-1996, kaufte sich im Parlament fehlende Stimmen einfach dazu). **Seit 1998 scheint sich nun eine "Koalitionskultur" durchzusetzen** - nunmehr unter Führung der Kongresspartei.

**a.** An der „**westlichen Front**“ verlor die Kongresspartei aufgrund des guten Abschneidens der BJP insgesamt 25 Sitze. Ihre Verbündeten legten jedoch um sieben Mandaten zu (von vier auf elf). Grund waren vor allem wegen die Wahlabsprachen mit der "Nationalist Congress Party" (NCP), die in Maharashtra neun Mandate gewann.

**b.** An der "**östlichen Front**" legte die Kongresspartei aufgrund der NDA-Verluste erheblich zu. Die Partei gewann insgesamt 63 Sitze (1999: 30), vor allem wegen ihres guten Abschneidens in Andhra Pradesh. Ihre Verbündeten kletterten von 17 auf 61 Sitze, wobei Wahlabsprachen in Bihar und das gute Abschneiden in Tamil Nadu die Hauptrolle spielten (in Tamil Nadu antagonisierte Ministerpräsidentin Jayalalitha die Staatsbediensteten, außerdem wirkten sich dort steigende Preise für Reis, Elektrizität und öffentliche Verkehrsmittel aus). Insgesamt betrug der Zugewinn der Kongresspartei und ihrer Verbündeten in der Region 77 Sitze.

**c.** An der "**nördlichen Front**" gewann die Kongresspartei 20 Mandate hinzu (beispielsweise in Haryana neun Sitze, in Delhi sechs Sitze und in Himachal Pradesh drei Sitze). Da die Kongresspartei hier mit Ausnahme der People's Democratic Party (PDP) in Jammu & Kaschmir praktisch ohne nennenswerte Verbündete auftrat, wurde der Erfolg aus eigener Kraft

erreicht. Eine wichtige Rolle dürfte dabei, neben Sonia Gandhis eigenem Wahlkampf, der Einsatz ihrer Kinder, von Rahul und der charismatischen Priyanka, gespielt haben. Dennoch konnte die Kongresspartei in Uttar Pradesh, im Vergleich zu 1999, keinen einzigen Sitz hinzu gewinnen. Man kann jedoch argumentieren, dass die Partei sich dort im Mehrparteienwettbewerb zumindest stabilisierte. In Uttar Pradesh unterstützten RSS-Kader in Wahlkreisen mit schwacher BJP-Präsenz interessanterweise die Samajwadi Party, die einen „Unterstützungsbrief“ für die neue Regierung beim Präsidenten der Republik hinterlegte.

### **3. Gründe für das gute Abschneiden der indischen Kommunisten**

Seit 1984 hatte die kommunistische Linken Indiens stagniert oder an Stimmen verloren. Bei den Wahlen 2004 jedoch schnitten die Communist Party of India/Marxist (CPI/M) mit 43 Mandaten und die Communist Party of India mit 10 Mandaten erstaunlich gut ab. Zusammen erzielten sie ihr bislang bestes Ergebnis. Ihren Stimmenanteil konnten sie allerdings von zuletzt 6,88% nur um 0,21% auf insgesamt 7,09% erhöhen. Die CPI/M legte vor allem wegen heftiger Fraktionskämpfe in der Kongresspartei in Kerala und dank einiger Sitzabsprachen in anderen Staaten insgesamt zehn Sitze zu. Hinzu kommen in West Bengal noch ihre Allianzpartner Forward Bloc (FB) und Revolutionary Socialist Party (RSP) mit jeweils drei Sitzen.

### **4. Das Abschneiden der Regionalparteien**

Kongresspartei und BJP, die einzigen Parteien mit einer gewissen nationalen Reichweite, verloren im Vergleich zu den Wahlen von 1999 insgesamt knapp 20 Sitze. Interessanterweise verloren beide Parteien fast gleich viele Stimmen: Die Kongresspartei 1,61%, die BJP 1,59%. Ihr Anteil an allen abgegebenen Stimmen fiel zusammen von 52,05% (1999) auf nunmehr 48,85% (2004).

In der **neuen Lok Sabha** (dem Parlament) verstärkt sich der **Trend zu Regionalparteien**. Die Samajwadi Party (SP) in Uttar Pradesh verbesserte sich von 26 auf 36 Sitze, die Bahujan Samaj Party (BSP), die sich vor allem an Dalits, Moslems und "Other Backward Castes" (OBC's) richtet, kletterte von 14 auf 19 Sitze. Beide Parteien erhöhten auch ihren landesweiten Stimmenanteil: die SP von 3,76% auf 4,25% und die BSP von 4,16% auf 5,35%.

Besonders gut schnitt die von Laloo Prasad Yadav geführte Rashtriya Janata Dal (RJD) mit insgesamt 21 Sitzen ab (19 in Bihar und zwei in Jharkhand). Sie gewann im Vergleich zu 1999,

trotz eines Rückgangs ihres Stimmenanteils von 2,79% auf 1,86%, 15 Sitze hinzu.

In Andhra Pradesh gewann die für einen neuen Staat eintretende Telangana Rashtriya Samithi (TRS) nach Sitzabsprachen mit der dortigen Kongresspartei fünf Sitze. Die Telegu Desam Party, die die NDA von außen kontinuierlich unterstützt hatte, verlor bei einem nur marginalen Stimmenrückgang von 3,65% auf 3,23% 24 Mandate und kam nur noch auf fünf Sitze.

In Tamil Nadu wurde die Partei AIADMK von Ministerpräsidentin Jayalalitha dank des Zweckbündnisses von DMK, PMK, MDMK sowie der Kongresspartei und der Kommunisten völlig ausgeschaltet. Hier liegt ein weiterer Schlüssel für die in dieser Wahl zu beobachtende Trendwende.

Neben der BJP mit einem Verlust von 46 und der Telegu Desam Party mit einem Verlust von 24 Sitzen gehört die Janata Dal (United) des bisherigen Verteidigungsministers und "Alt-Sozialisten" George Fernandes, die seit 1995 der entscheidende Steigbügelhalter der BJP/NDA-Herrschaft war, mit minus 13 Sitzen zu den Hauptverlierern dieser Wahl. Weitere Verlierer sind in Tamil Nadu die AIADMK unter Ministerpräsidentin Jayalalitha mit minus zehn, die All India Trinamool Congress Partei von Mamta Bannerjee mit minus sechs sowie die National Conference in Jammu & Kaschmir mit minus zwei Sitzen.

In 269 Wahlkreisen wurden die bisherigen Amtsinhaber bzw. neuen Kandidaten der vorher jeweils siegreichen Partei nicht wiedergewählt - darunter 154 aus dem NDA-Lager. Das bedeutet, dass es in praktisch jedem zweiten Wahlkreis zu einem Machtwechsel kam. 25 Minister der NDA-Regierung verloren ihr Mandat, darunter Außenminister Yashwant Sinha.

Das zugrundeliegende Wählerverhalten und die Wanderungsbewegungen zwischen den Parteien in einzelnen Staaten sowie die Auswirkungen der „seat adjustments“ können erst nach längeren Recherchen - hier ist der Centre for the Studies of Developing Societies (CSDS) in New Delhi federführend - endgültigen Aufschluss geben. (Vgl. dazu: „How India Voted. Verdict 2004.“ The Hindu, 20.5.2004, AE S.1-8) Das Votum mit der daraus resultierenden Sitzverteilung ist keineswegs vorrangig auf signifikante Wählerwanderungen zurückzuführen (die sicherlich regional eine Rolle spielten, beispielsweise in Andhra Pradesh). Die wesentliche Rolle spielt die von absolutem Machtwillen geprägte, pragmatische Politik des "seat adjustments", das heißt einer ausgeklügelten Wahlarithmetik, sowie das taktische Wahlverhalten vor allem der religiösen Minderheiten.

## II. Übergreifende Faktoren für den Wahlausgang

Für das ländliche Indien mit seinen zirka 750 Mio. Menschen stimmte die BJP/NDA-Werbekampagne eines „Shining India“ und eines unterstellten Feel-good-Faktors absolut nicht mit der Wirklichkeit überein. Auf dem Lande wirkte die Kampagne „exklusiv“, ihre Inhalte gingen an den Interessen der Menschen vorbei.

Große Teile der ländlichen Eliten und die zirka 360 Mio. unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen fühlten sich vernachlässigt und wollten eine Politik, die sich für eine bessere ländliche Infrastruktur, Elektrizität und Wasserversorgung einsetzt sowie für das Ende von Hunger und Unterernährung. Möglicherweise haben die „Armen“, ein in Indien herrschaftstechnisch – gerade von Angehörigen der „Ober-Kasten“ – leider allzu oft missbrauchter und unpräziser Begriff, von der einzigen ihnen zur Verfügung stehenden Waffe, ihrem Wahlrecht, taktisch erfolgreich Gebrauch gemacht. Die Kongresspartei profitierte bei dieser Wahl – vielleicht zum letzten Mal – von diesem „radikalen Wandel in der gesellschaftlichen Basis politischer Macht.“ (Yogendra Yadav: „Radical shift in the social basis of political power.“ In: How India Voted. The Hindu, 20. 5. 2004, AE, S.2)

Trotz des beachtlichen vierteljährlichen Wachstums des Bruttosozialprodukts (zuletzt zirka 8-10 %) und zahlreichen populistischen Wahlgeschenken wurde die **Wirtschaftspolitik der NDA** als zu einseitig für die Mittel- und Oberschichten empfunden, während die ländliche Bevölkerung kaum etwas davon hatte.

Der BJP gelang es nicht, die von ihr forcierte Politik der Liberalisierung werbewirksam großen Teilen der Wählerschaft zu vermitteln. Beobachter sprachen von einer „aggressiven Privatisierungs- und Arbeitsmarktpolitik“, die der BJP angeblich zum Verhängnis wurde. Vajpayee erlitt ein ähnliches Schicksal wie 1996 die eigentlichen Begründer der Liberalisierung, P.V. Narasimha Rao und sein damaliger Finanzminister Dr. Manmohan Singh.

Sonia Gandhi bekannte sich zum „Säkularismus“ und damit zur faktischen Gleichberechtigung aller Religionen. Spätestens seit den genozidartigen Massakern gegen Moslems in der BJP-Hochburg Gujarat 2002 und den Übergriffen gegen Christen in verschiedenen Landesteilen waren die religiösen Minderheiten verunsichert. Dies führte, trotz des Werbens der BJP um die indischen BürgerInnen moslemischen Glaubens, die in zirka 100 Wahlkreisen beachtlichen Einfluss ausüben, maßgeblich zu dem Erfolg der Kongresspartei und der mit ihr verbündeten Regionalparteien.

### **III. Fazit und Perspektiven**

Das Wahlergebnis ist ein weiterer Ausdruck des „zweiten demokratischen Aufbruchs“, der sich seit zirka 15 Jahren in Indien beobachten lässt. Es ist ein Mandat gegen die Vision eines vom Hindu-Nationalismus dominierten Indien, auch in seiner geläuterten Version unter der Maske des als „liberal“ eingestuften, populären Atal Bihari Vajpayee.

Interessanterweise wurden zwei Protagonisten des extremen Hindu-Nationalismus nicht wiedergewählt, nämlich der ehemaligen Minister for Human Resource Development, Dr. Murli Manohar Joshi, ein aggressiver Verfechter der „Hindutva“-Ideologie sowie Vinay Katiyar, BJP-Vorsitzender in Uttar Pradesh – ein führender Vertreter der Agitation für einen Ram-Tempel in Ayodhya. Es ist dies auch eine Kampfansage an die faschistisch-fundamentalistischen Kräfte in der BJP und an die „faschistoiden“ Parteien (Shiv Sena) sowie an die „anti-säkularen“ Organisationen, wie den RSS und den „Weltrat der Hindus“ (Vishwa Hindu Parishad/ VHP).

Das Ergebnis der Wahl ist eine Verschiebung vom „rechten“ und regionalen Spektrum in Richtung hin zu einer mitte-links Formation unter Einschluss größerer Regionalparteien. Die größte kommunistische Partei CPI/M schwört zwar in Worten auf Marx, Engels, Lenin und Stalin, in ihrer Regierungspraxis in West Bengal ist sie jedoch eine de facto „sozial-demokratische“ Partei. Nach intensiven inneren Debatten unterstützt die CPI/M die neue Regierung von außen. Die Kongresspartei hatte den Kommunisten sowohl das Amt eines stellvertretenden Premierministers als auch das Innen- und Landwirtschaftsministerium angeboten. Diese Haltung der CPI/M hat ihren Grund in den anstehenden Wahlen in West Bengal und Kerala und in taktischen Gründen. Zum einen möchte die CPI/M ein agitatorischer und organisatorischer Puffer zwischen der von ihr als „faschistisch“ bezeichneten BJP und der von der Kongresspartei geführten Regierung sein, zum anderen hofft sie so mittel- oder langfristig aus ihrer regionalen und gesellschaftspolitischen Isolation heraustreten zu können.

#### **Welche Veränderungen zeichnen sich nach dem Regierungswechsel ab?**

Die „United Progressive Alliance“ (UPA) genannte Koalition hat mittlerweile ein „Common Minimum Programme“ (CMP) verabschiedet.

Die Kongresspartei strebt eine selektive Privatisierung von Unternehmen des öffentlichen Sektors an. Höhere private und verstärkte öffentliche Investitionen in die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur einschließlich des Erziehungs-



und Gesundheitswesens sind geplant. Die Verteidigungsindustrie und andere kritische Bereiche sollen allerdings einer begrenzten Regulierung unterliegen. In der Landwirtschaft wird ein Wachstum von 4,5% angestrebt, dazu Landreformen, Flurbereinigungen und eine computergestützte Erfassung der Besitzverhältnisse. Arbeitsplätze sollen unter anderem durch den Abbau von Slums und das Errichten von Billigwohnungen geschaffen werden.

Die Kongresspartei will durch eine Verwaltungsreform den aufgeblähten Staatsapparat effizienter machen. Hierbei dürfte es vor allem darum gehen, den von RSS-Kadern und BJP-Mitgliedern und -Sympathisanten erheblich infiltrierten Staatsapparat genauer zu durchleuchten und die im Sinne Hinduvata-Ideologie durchgeführten Lehrplan- und Schulbuchrevisionen zu überprüfen und eventuell rückgängig zu machen.

Die dravidischen Parteien, Verbündete der Kongresspartei aus Tamil Nadu, sind mit immerhin 25 Sitzen in der 14. Lok Sabha vertreten. Sie fordern kategorisch eine Aufhebung des repressiven und vielfach missbrauchten „Prevention of Terrorism Act“ (POTA). Die „Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) in Sri Lanka planen angeblich ein Comeback in Tamil Nadu und fordern einen Wechsel in der Haltung Indiens gegenüber der LTTE. Andererseits befürchten sie eine Regierung, die unter dem Einfluss Sonia Gandhis steht (deren Mann von Leuten aus dem Umfeld der LTTE ermordet wurde), könnte gegen sie eine besonders harte Linie fahren.

**Wird es der Kongresspartei gelingen, sich in eine den gesellschaftlichen Verhältnissen angemessene „soziale und demokratische“ Partei mit einer guten Organisation zu verwandeln?**

Der Spagat zwischen dem angestrebten zehnprozentigen Wirtschaftswachstum und einer aktiven Beschäftigungspolitik dürfte unvermindert schwer zu lösen sein.

Beobachter erwarten eine Fortsetzung der Wirtschaftsreformen. Aber gerade im öffentlichen Sektor dürfte die Liberalisierung und Privatisierung mit Rücksicht auf die gestärkte kommunistische Linke abgeschwächt werden. Die Kongresspartei sagte den Kommunisten ebenfalls zu, deren Positionen im Hinblick auf die WTO nicht zu unterminieren.

Wie werden ausländische institutionelle Investoren und Unternehmen mittel- bis langfristig auf eine solche Politik reagieren? (gerade auch vor dem Hintergrund der Turbulenzen an der Börse von Mumbai, die auf die Wahl folgten)

Nur 44 Frauen sitzen im neuen Parlament, das entspricht zirka 8% der Sitze. Wird es der Kongresspartei gelingen, ein Gesetz durch das Parlament zu bringen, das 33% der Sitze für Frauen reserviert? Einige Koalitionspartnern - insbesondere die „Rashtriya Janata Dal (RJD) - sind ausgesprochene Gegner einer solchen Reform.

Es wird erwartet, dass die Kongresspartei die von Vajpayee eingeleitete **Entspannungspolitik gegenüber Pakistan** leicht nuanciert fortsetzen wird. Sowohl Sonia Gandhi als auch Natwar Singh, der neue Außenminister, äußerten sich in diese Richtung. Stimmen in Pakistan befürchten bereits, dass die BJP als Oppositionspartei sich wieder von der Friedensinitiative Vajpayees distanzieren und zu ihrer pro-Hindu und anti-pakistanischen Rhetorik zurückkehrt.

Bei der Wahl dürften auch einige der Skandale der NDA-Regierung eine Rolle gespielt haben, beispielsweise die "Tehelka"-Affaire. (Auf der Website Tehelka.com wurden Filme veröffentlicht, die zeigten, wie Politiker der alten Regierung, darunter der damalige Präsident der BJP, Bestechungsgelder annehmen).

Die Kongresspartei und ihre Verbündeten müssen ihr **neues Mandat** deswegen auch dazu nutzen, den „Augias-Stall der Staatsklassen-Herrschaft“ auszumisten und „**good governance**“ einzuführen. Außerdem müssen die lange überfälligen **Sozialreformen** angegangen werden, da andernfalls das politische System Indiens bald in eine sehr ernste Legitimationskrise geraten wird. Die Tatsache, dass eine Reihe krimineller Abgeordneter und sogar Minister im neuen Parlament vertreten sind, belegt, wie schwierig diese Aufgabe ist. Und auch die Kongresspartei hatte schon ihre Korruptionsskandale. Sie ist zudem stets populistisch gewesen, was immer auch bedeutete, über die existenziellen Probleme des Landes hinwegzusehen.

Die neue Regierung könnte einen **Weg zu innenpolitischer Stabilität** weisen. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie die Kongresspartei mit der für sie bislang ungewohnten Kunst des Koalierens zurechtkommt.

Da der Wahlausgang knapp war - die „United Progressive Alliance“ verfügt über 219 Sitze; der Linksblock insgesamt kommt auf zirka 60 - ist es auch denkbar, dass die nächsten Jahre eine **Phase der Polarisierung und der Instabilität** sein werden. Auseinandersetzungen mit der BJP und den Frontorganisationen des RSS sind nicht auszuschließen, zumal wenn nach dem Abgang der „alten Garde“ innerhalb der BJP (Vajpayee/Advani) die Kräfte um Narendra Modi und Uma Bharti, (Ministerpräsident/in in Gujarat bzw. Madhya Pradesh) die Oberhand gewinnen sollten.

Reformen, darunter vielleicht auch Landreformen, sind zwingend erforderlich um die fortdauernde Legitimationskrise der politischen Klasse zu überwinden. Dies ist nur möglich, wenn es gelingt, die enormen Diskrepanzen zwischen Arm und Reich, die Massenarbeitslosigkeit sowie Hunger und Unterernährung (wovon 260 Mio. Menschen betroffen sind) zu bekämpfen. Indien dürfte damit in eine überaus spannende Phase grundsätzlicher Auseinandersetzungen über seinen künftigen Entwicklungsweg sowie seine gesellschafts- und umweltpolitischen Ziele eintreten.

Wäre bei den Wahlen 2004 der Hindu-Nationalismus weiter gestärkt worden (bei einer möglichen Radikalisierung), hätte dies den Aufbruch in eine andere Republik bedeutet. Die in Zukunft regierenden VolksvertreterInnen mit ihrer an der alten Republik orientierten Werteordnung müssen allerdings erst noch den Nachweis erbringen, dass sie tatsächlich aus ihren Versäumnissen der Vergangenheit gelernt haben. Anders werden auch sie die bevorstehenden Herausforderungen nicht meistern können. Die Wahlen haben es gezeigt: Die indische Politik polarisiert sich heute in Richtung einer Gesellschaft der Klassen und Kasten.